

Sozialticket für Leipzig:

Offener Brief an die Mitglieder der SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gleich nach dem sich die Leipziger Bürger in einem Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der Stadtwerke ausgesprochen hatten wurde ich vielfach mit der Frage konfrontiert welche „sozialen Wohltaten“ den nun dem Rotstift mangels Geldmitteln zum Opfer fallen müssen und ob denn auch das Sozialticket gestorben sei wenn der in den Haushalt bereits eingestellte Veräußerungsgewinn jetzt fehle.

Dabei wurde etwas aus den Augen verloren, dass – wenn auch unbestreitbar unter enormen Schwierigkeiten – vor dem Bürgerentscheid gegen die Privatisierung städtischem Eigentums Haushalte im Stadtparlament verabschiedet wurden, in denen auch die sozialen Belange der Bürger dieser Stadt ihren gebührenden Niederschlag fanden.

Im Sinne dieses sozialen Ausgleichs hat sich die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN direkt nach dem Bürgervotum in einem Brief an uns zur geplanten Einführung eines Sozialtickets ausdrücklich weiterhin bekannt.

Von der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat wurde mit ihrem Antrag auf dem Stadtparteitag, der ja eine große Mehrheit der

Leipzig braucht ein Sozialticket.



Delegierten auf dem Parteitag fand, sich eindeutig und klar für das Sozialticket

für Leipzig ausgesprochen.

Nun bin ich persönlich wie schon gesagt in letzter Zeit sehr oft von besorgten Bürgern angesprochen worden, wie es denn nun mit einem Sozialticket für Leipzig weitergeht.

Neben meinem Versprechen, dass die Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ auch weiterhin kraftvoll für das Sozialticket kämpft wäre es schön, wenn ich den Bürgern berichten könnte dass alle drei Fraktionen, die damals den Antrag zur Prüfung in den Stadtrat eingebracht hatten auch jetzt noch weiter positiv zum Sozialticket stehen.

Ich wünsche mir deshalb, dass auch die Fraktion der Sozialdemokraten ein positives Signal an die Bürger dieser Stadt für den wichtigen sozialen Ausgleich durch die Einführung eines Sozialtickets geben könnte. Zumal es in der Leipziger SPD ja durchaus starke Signale in Richtung eines Sozialtickets gibt.

27. Februar 2008 - Naomi-Pia Witte

Einwohneranfrage zur Einführung eines Sozialtickets 2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Einführung eines Sozialtickets für die einkommensschwachen Leipzigerinnen und Leipziger wurde mit dem Beschluss vom 14. November 2007 zur weiteren Prüfung und der daraus folgenden Beschlussvorlage auf den Februar 2008 vertagt. Nunmehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass jedoch auch dieser Termin überfällig ist. Für die Betroffenen heißt das, dass der Prozess der Ausgrenzung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ungebremst weiter

voranschreitet. Seit der Einbringung des Antrages auf „Einführung eines Sozialtickets“ durch die drei Fraktionen SPD, Die LINKE und B90/Grüne am 18. Juli 2007 konnte mit der Prüfung der Modalitäten begonnen werden – die Zeit drängt!

Wir fragen deshalb:

1. Kann die Stadtverwaltung den Prüfungsvorgang dahin gehend beschleunigen, dass die Entscheidungsvorlage spätestens in der Ratsversammlung im April 2008 vorliegt?

2. Werden in den Haushalt 2008 Finanzmittel bereit gestellt, die im Sinne einer Anschubfinanzierung die Einführung eines Sozialtickets finanziell absichern?

3. Wie positioniert sich der Oberbürgermeister gegenüber dem tausendfachen Bürgerwillen nach schneller Einführung eines Sozialtickets und dem damit verbundenen Vertrauen in eine demokratische Mitwirkung der Bürgerschaft?

Petra Weißfuß

Beschlüsse und Wahlergebnisse der 2. Tagung des 1. Stadtparteitages am 23. Februar 2008

Antifaschistisches Aktionskonzept

1. Das Antifaschistische Aktionskonzept bildet die Handlungsgrundlage in der antifaschistischen Arbeit der Partei DIE LINKE. Leipzig.

2. Der Stadtparteitag ruft alle Mitglieder, den Stadtvorstand, die Fraktion im Stadtrat, die Ortsverbände, Basisgruppen und Zusammenschlüsse zur Umsetzung des Konzeptes auf.

3. Das weiterentwickelte Konzept wird auf der nächsten ordentlichen Tagung des Stadtparteitages bestätigt.

Das Konzept ist im Internet unter www.die-linke-in-leipzig.de abrufbar oder ist in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus erhältlich.

Anerkennung LINKSJUGEND. Leipzig

Der Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig erkennt die LINKSJUGEND. Leipzig als die Jugendorganisation der Partei an.

einmalige Beihilfen

1. Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig werden gebeten, sich nachdrücklich für die Einführung eines Sozialtickets einzusetzen, das alle Anspruchsberechtigten des Leipzig-Passes erwerben können. Zugleich wird von der Fraktion erwartet, dass sie sich jeglichen Bestrebungen, die auf eine Reduzierung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes hinauslaufen, entgegenstellt.

2. Nach Einführung des Sozialtickets prüft die Fraktion die sachlichen und rechtlichen Möglichkeiten, einmalige Beihilfen für Bedürftige im Stadtrat zu beantragen.

Sicherung eines dauerhaften Standortes des Karl-Marx-Reliefs „Aufbruch“ auf dem Sportcampus der Universität Leipzig in der Jahn-Allee

Der Stadtparteitag fordert alle mit der Sicherung und geplanten Wiederaufstellung des Karl-Marx-Reliefs „Aufbruch“ betrauten Einrichtungen und Akteure – darunter insbesondere die Universität Leipzig und das zuständige Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst – auf, die beschlossene Installation des Kunstwerkes auf dem Sportcampus der Universität Leipzig in der Jahn-Allee zum beabsichtigten Termin (Sommer 2008) und damit auch künftig den öffentlichen Zu-

gang zu diesem Kunstwerk sicherzustellen.

Patenschaft für ein Epitaph aus der ehemaligen Universitätskirche und anteilige Beteiligung an den Kosten für dessen Restaurierung

Der Leipziger Stadtverband der Partei DIE LINKE. wird entsprechend der Bitte der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig vom 15. Februar 2008 aus Anlass des bevorstehenden 40. Jahrestages der Sprengung der Paulinerkirche am 30. Mai 2008 die Patenschaft für eines der Epitaphen aus der Kirche übernehmen. Dafür werden aus Rücklagen des Stadtverbandes 5.000 EURO zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ruft der Stadtparteitag die Mitglieder des Stadtverbandes auf, sich durch Spenden an der deutlichen Erhöhung dieser Summe zu beteiligen. Der Stadtvorstand wird gebeten, die für diese Spendenkampagne notwendige Kommunikation und Unterstützung zu gewährleisten.

Unterstützung der antifaschistischen Demonstration am 1. März 2008 in Leipzig

Die von einem Bündnis aus antifaschistischen und Jugendgruppen organisierte Demonstration am 1. März 2008 nimmt die Situation in Leipzig-Reudnitz zum Anlass um ein kraftvolles Zeichen gegen Nazis zu setzen, gleichsam aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu thematisieren, in denen rechte Einstellungen entstehen und wachsen können.

Nachwahl zum Stadtvorstand

allgemeine Liste (vormalige WASG):

abgegebene Stimmen: 104

Andreas Kermer: 71 Stimmen (80,7 %)

Damit wurde Andreas Kermer in den Stadtvorstand nachgewählt.

außerordentliche Tagung 1. Stadtparteitag

Am 27. März 2008 findet eine außerordentliche Tagung des 1. Stadtparteitages statt, welche vier Mitglieder des Stadtvorstandes nachwählt. Die Tagesordnung ist den Delegierten zugesandt und im Internet abrufbar.

Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

Jugend weiblich:

abgegebene Stimmen: 91

Antje Soyka: 74 Stimmen (81,3 %)

Damit wurde Antje Soyka gewählt.

Jugend allgemein:

abgegebene Stimmen: 86

Martin Bertram: 73 Stimmen (84,9 %)

Damit wurde Martin Bertram gewählt.

Frauen vormalige WASG:

abgegebene Stimmen: 91

Sylvia Höhne: 74 Stimmen (81,3 %)

Damit wurde Sylvia Höhne gewählt.

allgemeine Liste vormalige WASG:

abgegebene Stimmen: 88

Andreas Kermer: 72 Stimmen (81,8 %)

Damit wurde Andreas Kermer gewählt.

Frauenliste:

abgegebene Stimmen: 88

Ilse Lauter: 68 Stimmen (77,3%)

Barbara Höll: 51 Stimmen (57,9 %)

Stefanie Götze: 47 Stimmen (53,4 %)

Damit wurden Ilse Lauter und Barbara Höll gewählt. Stefanie Götze ist Ersatzdelegierte.

allgemeine Liste:

abgegebene Stimmen: 69

Keith Barlow 29 Stimmen (42,0 %)

Andre Berg 22 Stimmen (31,9 %)

Alexander Fichtner 28 Stimmen (40,6 %)

Volker Külöw 57 Stimmen (82,6 %)

Siegfried Schlegel 18 Stimmen (26,1 %)

Otto Theis 8 Stimmen (11,6 %)

Damit wurden Keith Barlow und Volker Külöw gewählt.

In der Reihenfolge der Ergebnisse sind Alexander Fichtner, Andre Berg, Siegfried Schlegel und Otto Theis Ersatzdelegierte.

Newsletter

Wer über eine Email-Adresse verfügt und sich noch nicht in den Email-Verteiler DIE LINKE Leipzig eingetragen hat, sollte diese bitte nachholen, entweder über www.die-linke-in-leipzig.de oder per Email an: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

AG Öffentlichkeitsarbeit

Langer Atem statt Brechstange

Die Linke ist eine Mitgliederpartei. Das gilt insbesondere für Sachsen, wo im Dezember letzten Jahres 13280 Mitgliedern in der Linken organisiert sind und das gilt in ganz besonderem Maß für Leipzig, dem mitgliederstärksten Verband in ganz Deutschland. Der anhaltenden und zum Teil überhitzt geführten Debatte um grundsätzliche politische Richtungsfragen, die sich in unserem Stadtverband seit mehreren Wochen vollzieht, kommt so gesehen eine gewichtige Bedeutung zu. Das Bekenntnis zum Modell einer Mitgliederpartei grenzt sich von anderen Modellen ab, die auf eine politische Elite orientieren und auf die Einbindung einer breiten Basis, die möglichst viele soziale Gruppierungen einschließt, verzichten. Mitgliederpartei heißt aber auch, dass es eine ungeheure Anzahl von verschiedensten Motiven gibt, aus denen heraus sich Neumitglieder der Linken anschließen oder ehemalige PDS-Mitglieder der neuen Linken aus Überzeugung treu bleiben. Die Parteiensoziologie benennt eine Auswahl solcher Motivationen. Mitglied in einer politischen Partei zu sein, setzt zunächst einmal politisches Interesse voraus sowie die Fähigkeit, Sachverhalte und Informationen zu strukturieren. Nach Lipset/Rokan (1967) hat sich das Parteiensystem in Deutschland anhand zweier wesentlicher Konfliktlinien entwickelt hat: dem sozioökonomischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sowie der konfessionellen Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten. Für die Linke ist die täglich zu erlebende Ungerechtigkeit in der Verteilung sozialer und ökonomischer Ressourcen der zentrale Impuls, aus dem heraus sie sich permanent erneuert und belebt und dessen Überwindung wohl für alle Linken erstes Ziel ist. Darüber hinaus ist für engagierte Linke der Wille, Gesellschaft verändern zu wollen, also ihre Gestaltungsabsicht, ein zentrales Motiv, sich politisch zu engagieren. Es gibt aber auch jene, die die Sozialtheorie unter dem Rational-Choice-Ansatz fasst, jene nämlich, deren Entscheidungen einer rationalen Nutzenrechnung folgen, die sich mithin vom politischen Engagement persönliche Vorteile bis hin zu konkreten Amts- und Mandatswünschen versprechen.

Eine moderne Partei vermag es, all jene unterschiedlichen Motivationen zu integrieren, ja mehr noch, den verschiedensten thematischen Interessen von der

Ökologie über die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit sowie der Auseinandersetzung mit kommunistischer Theorie bis hin zur Analyse konkreter sozialer Missstände eine Plattform zu bieten. Die Parteienforscher Melanie Walter-Rogg und Oscar W. Gabriel haben in einer Studie die Reformbereitschaft und die Wandlungsfähigkeit aller großen im deutschen Bundestag vertretenen Parteien verglichen. Die Linke, in dieser Untersuchung noch unter dem Namen PDS, schneidet in diesem Vergleich sehr gut ab: sie ermöglicht die Begrenzung von Amtszeiten, sie hat sich entschieden für eine Quotenregelung ausgesprochen (neben den Grünen sind wir die einzigen, die 50% Frauenanteil bei innerparteilichen Ämtern vorsehen), sie ermöglicht die Kandidatur von Seiteneinsteigern und die Möglichkeit von Nichtmitgliedern, sich zu beteiligen und sie lässt Urabstimmungen zu. Die Linke verfügt also über die besten Voraussetzungen, dem umfassenden Wandel der Parteienlandschaft gerecht zu werden und auf die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Das uneingeschränkte Bekenntnis zum Charakter einer Mitgliederpartei ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Nichtsdestotrotz kann eine Partei nicht nur dem Zweck dienen, politische Betätigungsfelder für vielfältige und spezielle Interessen zu bieten. Sie hat das Ziel als gesellschaftlich verankerte Organisation, Interessen zu bündeln und in die Parlamente und in das öffentliche Verwaltungshandeln zu transportieren. Das setzt einen breit angelegten Meinungsbildungsprozess voraus, dessen Ziel es ist, in politischen Sachfragen Konsens zu erlangen. Dieser Konsens setzt sich nach oben hin fort und wird im besten Fall in naher Zukunft Gemeingut werden. So bin ich persönlich zuversichtlich, dass der Standpunkt der Linken in Fragen der Familien- und Steuerpolitik, nämlich Leistungen für Kinder nicht an das Einkommen der Eltern zu koppeln, sondern Kinder direkt und ohne Einschränkung in Form einer Kindergrundsicherung zu unterstützen, auf lange Sicht politische Praxis werden wird. Dafür haben dann Linke PolitikerInnen im Bundestag und in den Landtagen im Zweifelsfall mehrere Jahrzehnte in mühevoller Kleinarbeit von Anträgen, Anfragen und Gesetzesentwürfen gestritten. Konsens ist weder zu erzwingen noch über Nacht her-

beizuführen, sondern ausschließlich in der fortlaufenden Auseinandersetzung zu erarbeiten. Was für die große Politik gilt, gilt für uns im Stadtverband in ähnlicher Form. Wir brauchen die Auseinandersetzung und den Impuls derer, die Veränderung fordern. Die Rufe nach alternativen Ansätzen in der politischen Arbeit und die Irritation, die entsteht, wenn Positionen vertreten werden, die zunächst abwegig erscheinen, sind überlebensnotwendig für vitale politische Arbeit. Es sind meistens Minderheiten, die das Neue einklagen und Ungewohntes fordern. Gäbe es sie nicht, alles wirkte zementiert und unbeweglich. Doch Minderheiten sind keine absoluten Größen, sie können nur in Bezug auf bestimmte Fragestellungen entstehen. Ihre Zusammensetzung wechselt bezüglich des jeweils in den Blick genommenen Problems. In manchen Fällen gelingt es einer solchen Minderheit, die Mehrheit zu überzeugen, das Neue wird angenommen und weiterentwickelt. In anderen Fällen reicht die Argumentation nicht aus, um viele hinter sich zu versammeln. Ein Grundprinzip liegt solchen Meinungsbildungsprozessen jedoch unwiderruflich zugrunde: das der Mehrheitsentscheidung als ältestes demokratisches Element. Dass eine Niederlage im Abstimmungsverfahren, in welchem Gremium auch immer, schmerzhaft ist, sei unbestritten. Wenn in der Rückschau jedoch jene Mehrheitsentscheidungen diskreditiert und als undemokratisch angefochten werden, ist ein zentrales Moment politischer Willensbildung verletzt. Die Frage kann demnach nicht lauten: Wie zementiere ich die Konfrontation zwischen einer selbst erklärten Minderheit und der Mehrheit politisch aktiver Mitglieder? Sondern sie muss aus meiner Sicht das Konstruktive eines solchen Prozesses betonen. Sie könnte heißen: Wie überzeuge ich potentielle Mitstreiter in Sachfragen?

Annäherungsprozesse zwischen politischen Kulturen brauchen Zeit. Das Zusammenwachsen zwischen Ost und West nach dem Systemumbruch 1989/90 dauert an, von vielen wird es nach wie vor als problembelasteter Weg empfunden. Ich hoffe, dass das Zusammenwachsen zwischen unterschiedlichen politischen Ansätzen innerhalb der Linken nicht die Dauer von Generationen benötigt. Mit der Brechstange wird es dennoch nicht zu haben sein.

Drei Jahre, drei Länder – lavka.info

Seit drei Jahren gibt es nun schon das Netzwerk für linke Politik in Mittel- und Osteuropa lavka.info. Mit dem Ziel, den Austausch zwischen Linken in Mittel- und Osteuropa zu befördern wurde im Januar 2005 das dreisprachige Internetportal eröffnet. Eine polnische, eine tschechische und eine deutsche Redaktion stellen seit dem regelmäßig themenaktuelle Artikel aus allen Politikbereichen ins Internet.

Die virtuelle Vernetzung ist jedoch nur ein Teil der Arbeit von lavka.info. Daneben organisieren wir noch gemeinsame Konferenzen, unterstützen Demonstrationen und berichten darüber auch in anderen Zeitungen und Zeitschriften. So nahmen Mitarbeiter von lavka an den Europäischen Sozialforen in London und Athen mit eigenen Veranstaltungen teil. Über den Gründungsparteitag der Europäischen Linken in Rom haben wir genauso berichtet wie über den ersten regulären Parteitag der EL in Athen. An der Organisation des zweiten Parteitages in Prag beteiligten sich Mitarbeiter von lavka.

Das wohl bisher größte Ereignis war die Konferenz „Initiativen gegen Militarisierung – Nein zu NATO und US-Militärbasen in Europa!“, die wir im Mai 2007 in Prag veranstalteten. Ca. 150 Teilnehmer aus 10 Ländern verabschiedeten dort den Prager Appell „Frieden braucht keine neuen Raketen – Wir sagen NEIN zum US-Raketenschild in Europa“. Daraus ergaben sich nachhaltige Kontakte, zum Beispiel zur Aktionsgemeinschaft Flughafen natofrei.

Ein wichtiges Betätigungsfeld ist das Knüpfen von Kontakten für die und in der Europäischen Linken. In Tschechien sind hier die SDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), die Gründungsmitglied der EL ist und die KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), die bisher nur Beobachterstatus hat zu nennen. In Polen gestaltete sich die Kontaktsuche schwierig, da es hier links der Sozialdemokratie (SLD und SdPL) ein sehr zersplittertes und zuweilen instabiles Parteienspektrum gibt. Gerade aus diesem Grund wurde die Gründung DER LINKEN hier mit besonderem Interesse beobachtet, wie auf unseren polnischsprachigen Seiten unschwer zu erkennen ist. Inzwischen haben die Jungen So-

zialisten den Beobachterstatus in der European Left Party. Diese ehemalige Jugendorganisation der ältesten Polnischen Partei, der PPS (Polnische Sozialistische Partei), wurde 2005 von Jugendlichen aus der UP (Union der Arbeit – ehemaliger Koalitionspartner der SLD) als parteiunabhängige Organisation neu gegründet. Vom 29. bis 31. März werden sie u. a. in Gdansk ein Kampagnenwochenende gegen das geplante US-Raketenabwehrsystem veranstalten. Auch die PPP (Polnische Partei der Arbeit) bemüht sich um eine Mitgliedschaft in der EL. Diese Partei hat vor allem im schlesischen Bergbau viele Anhänger und war mit ihrer Gewerkschaft August 80 an einem der längsten Arbeitskämpfe in der Geschichte des polnischen Bergbaus in der Steinkohlezeche Budryk beteiligt, der Ende Januar 2008 erfolgreich beendet wurde.

Natürlich beschränken sich unsere Kontakte nicht auf Parteien. So wird bei der Konferenz „(Re)Kommunalisierung statt Privatisierung“ am 19. April in Leipzig einer unserer Partner Ryszard Pratkowski (Vorstandsmitglied attac Polen) als Referent anwesend sein. Denn wie attac zählen zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso zu unseren Partnern. Nicht umsonst ist folgendes Zitat von Pierre Bourdieu unserer Projektinfo vorangestellt:

„Die Vielfalt und Verschiedenheit der Bewegungen, die sich ganz oder teilweise die von uns benannten Ziele gesetzt haben, ist in der Tat die höchste und wichtigste Rechtfertigung, ein solches kollektives Unternehmen anzugehen, das eben nicht die vielen Aktivitäten an-

nektieren oder monopolisieren, sondern vereinen und integrieren soll, indem es Initiativen verknüpft und zusammenfügt und allen Einzelpersonen und Organisationen hilft, die sich auf diesem Terrain engagiert haben, um die Auswirkungen des vorhandenen Neben- und Gegeneinanders zu überwinden.“

Ein wichtiges zivilgesellschaftliches Projekt ist auch in diesem Jahr die Teilnahme an der „Parada Rownosci“ in Warschau. Die Parade der Gleichheit wurde 2005 vom damaligen Warschauer Bürgermeister Lech Kaczynski verboten. Durch internationale Proteste, internationale Berichterstattung und die Teilnahme von Organisationen und prominenten Politikern aus aller Welt konnte sie in den darauffolgenden Jahren stattfinden. 2006 war auch lavka.info daran beteiligt. In diesem Jahr wird die Parade voraussichtlich am 7. Juni stattfinden und wir wollen gemeinsam mit anderen Leipziger Gruppen daran teilnehmen. Ähnlich verhält es sich mit dem Festival Kultur für Toleranz, das nun schon das fünfte Mal vom 24. bis zum 27. April in Krakow stattfindet. Seinen Abschluss findet dieses Festival im Marsch für Toleranz, der sein Ziel, den Marktplatz, bisher auf Grund einer Blockade durch die rechtsradikale Allpolnische Jugend noch nie erreicht hat und deshalb auch auf internationale Solidarität angewiesen ist. Im September 2008 werden wir auf dem Europäischen Sozialforum in Malmö mit eigenen Veranstaltungen präsent sein. Unseren Stadtbezirksverbänden, Ortsverbänden und Basisorganisationen stehen wir gern mit Referaten zu Themen rund um die Europäische Linke und Mittel-Osteuropa zur Verfügung.

Markus Heide

Europacamp 2008

eine Veranstaltung für die ganze Familie

Veranstalter: "Ständiges Forum der Europäischen Linken der Regionen (SFEL-R)

Gastgeber: KSCM Mittelböhmen - Termin: 1. Mai bis 4. Mai 2008

(Die Anreise kann schon in den Abendstunden des 30. April 2008 erfolgen)

Ort: Zeleznice (unweit der Stadt Jicin, Tschechische Republik)

Programm:

- gemeinsam in den 1. Mai
- Busreise in die historische Stadt Kutna Hora
- Petite Course de la Prix (kleine Friedensfahrt)
- Diskussionsrunden
- Musik, Tanz und Lagerfeuer

Anmeldung an: Sabine Lichtwald, Lindenplatz 22, 03042 Cottbus, Email: sabelichtwald@web.de. Rückfragen an Christine und Andreas Halle, Email: cundahalle@gmx.de

Nach all den Mühlen: Politik von Oben?

Die 2. Tagung des 1. Stadtparteitages der LINKEN. Leipzig könnte Geschichte sein. Dieser Stadtparteitag hätte zum Wendepunkt und Neuanfang zu gleich werden können, diese Chance haben die anwesenden Delegierten und der amtierende Stadtvorstand allerdings vertan.

Der erwartete Aufstand, wie ihn negativ Vorstandskreise prognostizierten, fiel aus. Auch, weil sich viele der Erneuerer aus progressiver Linke und ASG trotz ihrer großen Emotionen nach den vorangegangenen Geschehnissen, bemüht haben, die Diskussion auf einer möglichst sachlichen Ebene zu führen. Leider wurde dieses Anliegen von der Nomenklatura nicht verfolgt.

Nichtsdestotrotz, die große Mehrheit der Delegierten folgte der Argumentation der verbliebenen Stadtvorstandsmitglieder. Wer nun aber glauben könnte, dass damit die Krise im Stadtverband und auch Stadtvorstand beendet wäre, irrt. Denn die Ursachen, die zu dieser Krise in Leipzig geführt haben, sind sowohl inhaltlicher als auch personeller Natur und existieren ebenso in Landes- wie auch Bundespartei. Es ist dies eine Frage der prinzipiellen Ausrichtung der Partei, die erstaunlicherweise auf PDS - Beschlüsse orientiert werden soll.

In jahrzehntelanger Arbeit angeeignete und gehütete Wissensschätze oder familiäre Konstruktionen scheinen im Leipziger Parteiverband mehr zu wiegen, als die zahlreichen inhaltlichen Ideen und Vorschläge oder Initiativen zu strukturellen Veränderungen.

Wie oft schon wurden innovative Konzepte zugunsten des „Aber das machen wir doch schon immer so“ abgewiesen.

Im „größten Stadtverband“ der LINKEN scheinen Teilhabe, Mitbestimmung oder herzhaftes Meinungsstreits eher als Belastung oder Bedrohung zementierter und weitreichend vorbereiteter Machtverhältnisse betrachtet zu werden. Wir sehen uns einer Situation der strukturellen Demokratieverunmöglichung gegenüber. Entscheidungen werden oft nicht kritisch und durchdacht, sondern im Sinne einer Parteiräson und Führungstreue getroffen. Eine kompetente Fraktion arbeitet - trotz personeller Überschneidungen zu Führungsgremien der Parteiorganisation - weitestgehend abgekoppelt von den Parteistrukturen und damit abgekoppelt von den politischen Debatten der Partei. Die Definitionsmacht über inhaltliche,

strategische und personeller Grundlinien der Partei wiederum ist in den Händen einiger weniger zentralisiert. Der Stadtvorstand soll offenbar nicht mehr als ein nettes Beiwerk sein.

Diejenigen, die diese Strukturen ändern wollen, die für das Leitbild einer lebendigen, offenen, basisdemokratischen Partei einstanden und einstehen, wurden subtil an den Rand gedrängt und mit dem Etikett „Nörgler/ Querulant“ versehen, wie es seit Jahren in der Leipziger PDS die Kultur der Diskussionslosigkeit gewesen ist. Einige verließen die Partei, andere suchten sich alternative Strukturen und Freiräume.

Wir möchten die Debatte um Demokratisierung und Öffnung der Leipziger LINKEN hiermit offensiv auf den Plan heben und damit die notwendigen inhaltlichen Streitigkeiten auf eine politische Ebene heben.

Die Demokratisierungsfrage war, ist und bleibt zentral für die Zukunft linker Politik und Gesellschaftsveränderung - auch in Leipzig. In einer Zeit, in der Menschen durch unsoziale, entmündigende Politik immer mehr an den Rand gedrängt werden, in einer Zeit in der das Vertrauen in politische Prozesse immer weiter abnimmt, ist unsere Partei, Hand in Hand mit sozialen Bewegungen, gefragt, eine Alternative nicht nur in die Schriftform zu pressen oder in Parlaments- und Feiertagsreden zu proklamieren, sondern durch die tagtäglich Praxis, vor allem in der eigenen Organisation real werden zu lassen.

Auch wir plädieren deswegen und vor dem Hintergrund alter und neuer Erfahrungen für einen Wandel im Parteiverband der Leipziger LINKEN:

Auszug aus: (Quelle : Positionspapier „Was Wir Wollen“)

Innerparteiliche Demokratisierung

* Stärkung der Rechte des Kollegialorgans Vorstand gegenüber Einzelentscheidungen, insbesondere in zentralen inhaltlichen und strategischen Fragen (z.B. Zusammenarbeit mit anderen Parteien, Schwerpunktsetzung, die die Stadtratsfraktion im Zuge der städtischen Haushaltsverhandlungen setzt und die durch die Partei flankiert werden könnten)

* Verstärkte Einbeziehung der territorialen und inhaltlichen Zusammenschlüsse in die Arbeit des Vorstandes und politi-

sche Debatten - über die „Anleitung“ und bloße Informationsweitergabe hinaus

* Veränderung/Verbreiterung der Kommunikationsstrukturen (u.a. durch regelmäßige Basiskonferenzen, Vermittlung von Kompetenzen zur Nutzung neuer Medien, Sitzung des Stadtvorstandes in den Stadtteilen - bspw. In Abgeordnetenbüros,)

* Ent-Monopolisierung und Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit, Bildung einer Kommission, die unter Einbeziehung der im Stadtverband vorhandenen Kompetenzen und externen Experten und transparent arbeitet

* Öffentlichkeit aller Parteisitzungen, bei gleichzeitiger Bekanntgabe von Termin, Ort und Tagesordnung

* Vermeidung der Kumulation von Ämtern und Funktionen in den Händen einiger weniger

Stärkung des politischen Profils der Partei durch

* verstärkte und institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Fraktion im Stadtrat zu Leipzig, den Leipziger MdLs und MdBs

* parteiöffentliche Tagung der Fraktion im Stadtrat zu Leipzig, Empfehlung an die Fraktion Sitzungstermine und -themen parteiöffentlich zu machen

* gemeinsame Beratung von Stadtratsfraktion und Stadtvorstand bei politischen Grundsatzfragen/ Fragen besonderen politischen Interesses.

Öffnung/ Aktivierung der Partei im Hinblick auf gesellschaftspolitische Entwicklung und Wahlen 2009

* Gezielte politisch-inhaltliche Schwerpunktsetzung, Unterlegung durch Kampagnen sowie Veranstaltungen der politischen Bildung (in Kooperation von Parteistrukturen/ Fraktion/ Abgeordnetenbüros), bspw. Soziale Frage, Demokratie-Offensive, Ökologie ..

* transparente und weitsichtige Personalpolitik, gezielte Förderung von Frauen

* Qualifizierung der politischen Bildungsarbeit (u.a. durch Erprobung neuer Veranstaltungsmethoden und Nutzung externen Sachverständigen)

Die weit verbreitete Mär von der Mehrheit, die allorts über die Minderheit bestimmt, sollte nicht zum Tagwerk der Linken gehören müssen, um nur jedwede bürgerliche Freiheit zu schützen, die - so notwendig sie morgen ist - die bestehenden finanziellen Probleme der Armen heute nicht löst.

Maximilian Meurer

„Begleitschutz, Beistand, Zahltag“ = gelebte Solidarität. Auch in Leipzig soll die bundesweite Kampagne starten.

Am Samstag, den 22. Februar 2008 fand in den Räumen der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbsloseninitiativen (KOS) das Vorbereitungstreffen zur Kampagne „Begleitschutz, Beistand, Zahltag - Allein machen Sie dich ein... Solidarität macht stark!“, statt. Eingefunden hatten sich in Berlin dazu Martin Künkler und Angelika Klar (beide KOS), Andreas Geiger (BAG-SHI), Frank Jäger (Tacheles), Martin Behrsing (Erwerbslosenforum), Christine Luft (Aktive Erwerbslose) und Pia Witte (AG Soziale Politik) also durchaus bekannte und respektable Namen aus der Sozialprotestbewegung. Nach dem großen Erfolg der letzten, durch die KOS angeregten bundesweiten Kampagne „Reiches Land - Arme Kinder“, die wesentlich mit dazu beigetragen hatte das Thema Kinderarmut in das Bewusstsein der Bevölkerung zu transportieren ging es nun darum an diesen Erfolg anknüpfend das nächste Thema mittels einer Kampagne in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Aufgegriffen wurde dazu der bereits von einigen Initiativen in Deutschland praktizierte Einsatz eines Begleitschutzes/Beistandes und die in Köln und Oldenburg so erfolgreiche Aktion Zahltag. Dabei war es den Teilnehmern der Arbeitsberatung wichtig, die Varianten

- a) ein Mensch als Beistand (als klassisches Mittel der Rechtsdurchsetzung und Unterstützung) sowie
- b) möglichst 10 plus X Beistände (als verschärftes Druckmittel und politisches, öffentlichkeitswirksames Event) und nicht zuletzt

c) die Aktion Zahltag als Massen-Event in den ARGEN je nach örtlichen Gegebenheiten, örtlichen Ressourcen und „Traute“ einzusetzen.

Die schon vorliegenden Erfahrungen der bereits gelaufenen Aktionen belegen eindrücklich die positiven Effekte von Beiständen/Begleitschutzteams: Der Ton und der Umgang auf dem Amt ist ein ganz anderer und Rechtsansprüche können durchgesetzt werden. Beistände sind bares Geld wert. Dabei soll unter dem Motto gehandelt werden: soviel Kooperation wie möglich, soviel Druck wie nötig.

Die Initiatoren sehen in der Beistände-/Begleitschutzpraxis aber nicht nur ein geeignetes Instrument der Durchsetzung von Rechtsansprüchen. Der „Charme“ besteht insbesondere auch darin, dass kollektives Handeln und Solidarität praktiziert und erlebbar wird - und das bei fast garantiertem unmittelbarem Erfolgserlebnis. Daher sehen wir in der Beistände-/Begleitschutz - Praxis - ähnlich wie bei den Aktivitäten zur Kinderarmuts-Kampagne - einen strategischen Ansatz, dass Erwerbsloseninitiativen sich Erfolge organisieren, über solidarisches und entschlossenes Handeln an Strahlkraft, Stärke und Selbstbewusstsein gewinnen. Kurz um, wir verstehen „das ganze“ auch als „Mittel zum Zweck“, um die „Szene“ zu stärken, „brachliegende“ Initiativen zu revitalisieren und neue MitstreiterInnen zu gewinnen.

Darüber hinaus ist es Anliegen der Kampagne, die Tatsache ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu transportieren, dass

noch längst nicht jeder Antragsteller sein gesetzlich verbrieftes Recht vom Amt erhält, dass zum Teil illegale Sanktionspraktiken in manchen ARGEN Deutschlands Gang und Gäbe sind, und dass der Druck auf die ALG II - Bezieher in den letzten Wochen und Monaten nach Beobachtung der Erwerbsloseninitiativen in Deutschland stetig zugenommen hat.

Bis April sollen die organisatorischen Arbeiten abgeschlossen sein, dazu gehört der Entwurf eines bundeseinheitlichen LOGOs unter denen die Kampagne laufen soll, Plakate und Flyer müssen gedruckt werden, und ein „Werkzeugkoffer“ für Begleiter/Beistände soll erarbeitet werden mit den wichtigen Rechtlichen Bestimmungen, einer Checkliste zum Vorgehen beim Amt, Verhaltensanweisungen für den Notfall, Infos zum Hausrecht und dem „Hausfriedensbruch“ und was sonst noch wichtig für den Begleitschutz/Beistand sein kann.

So dass dann zeitnah mit den Workshops/Schulungen vor Ort begonnen werden kann. Natürlich lebt eine solche Kampagne wesentlich von der Bereitschaft des Einzelnen an der Kampagne aktiv teilzunehmen. Deshalb hoffen wir, dass sich zahlreich motivierte Mitstreiter in die Kampagne einbringen.

Melden dazu können sich interessierte Menschen bei Pia Witte, AG Soziale Politik, die die Kampagne für Leipzig und Sachsen koordiniert.

Telefon: Büro 0341 4928972; Privat 0341 4825223; Mobil: 0176 51425531
Mail: info@witte-leipzig.de
Web: www.witte-leipzig.de

Pia Witte
AG Soziale Politik

(Re)Kommunalisierung statt Privatisierung

Konferenz 19. April 2008 - ab 10 Uhr im Leipziger Neuen Rathaus

Diskussionspartner sind:

Sahra Wagenknecht (MdEP)

Mike Nagler (Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“)

Asbjorn Wahl (Attac Norwegen)

Tim Engartner (Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Universität Köln)

Leslie Franke (Regisseurin des Films „Bahn unterm Hammer“)

Helmuth Markov (MdEP)

Dr. Andrej Holm (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berliner Mietergemeinschaft)

Dr. Dietmar Pellmann (MdL, DIE LINKE)
Jürgen Klute (Mitglied im Vorstand der

Partei DIE LINKE)

Ryszard Pratkowski (Vorstandsmitglied attac Polen)

ab 18:30 Uhr Podiumsdiskussion mit DGB-Bundesvorstand (Annelie Buntentbach, angefragt)

DIE LINKE (EU: Sahra Wagenknecht, MdEP)

DIE LINKE (lokal: Dr. Ilse Lauter, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Leipzig)

soziale Bewegungen (Pfarrer Christian Führer, angefragt)

Oberbürgermeister Burkhard Jung (angefragt)

Vertreter einer Kommune, die rekommunalisiert hat (angefragt)

Moderation: Dr. Helge-Heinz Heinker (Journalist, Leipzig)

Die Konferenz wird gemeinsam von der Linksfraktion im Europaparlament GUE/NGL, der Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig und dem Stadtverband Leipzig der Partei DIE LINKE. veranstaltet.

AG Liebknecht-Haus

Wer Interesse an der Mitarbeit in der AG Liebknecht-Haus hat, meldet sich bitte bis Ende März bei Steffi Deutschmann in der Geschäftsstelle (Tel.: 0341 14064411)

Öffentliche Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. des Stadtteils Nordost

Bereits die zweite öffentliche Mitgliederversammlung 2008 fand am 25. Februar statt.

Zu den Themen Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Sport in Leipzig war Bürgermeister Heiko Rosenthal eingeladen. Die Versammlung wurde sehr gut besucht; die Gaststube bei „Stottmeister“ voll besetzt.

Im Jahr 2006 wurde die Frage „Mitregieren – ja oder nein“ für die Leipziger Linkspartei sehr konkret gestellt. Durch die Abwahl des Bürgermeisters Tschense war das Dezernat III, inhaltlich verantwortlich für Umwelt, Ordnung, Sport, neu zu besetzen. Die Linksfraktion machte aufgrund ihres Ergebnisses bei den Kommunalwahlen 2004 ihren Anspruch geltend und konnte einen kompetenten Kandidaten mit linkem Parteibuch zur Wahl stellen.

Seit 1,5 Jahren ist Heiko Rosenthal nun als „linker Bürgermeister“ im Amt, Chef von 1.200 MitarbeiterInnen, zuständig für sechs Ämter und zwei Eigenbetriebe. Er wirkt in sechs Aufsichtsräten mit, davon in drei als Vorsitzender. Themen wie Klimaschutz, Fluglärm, Spielplätze, Friedhöfe, Versammlungsrecht, Brandschutz, Sportveranstaltungen, Sportvereinsarbeit, Abfallwirtschaft, Bestattungswesen, Graffiti, Hunde u. a. sind zu bearbeiten.

Der Erwartungsdruck und die Wünsche der Mitglieder der Linkspartei sind besonders groß, wird doch die Lösung be-

stimmter Fragen wie Ordnungsprobleme, Graffitischmierereien, Prävention bei Sicherheit und Kriminalität, Auftreten der Neonazis in der Leipziger Öffentlichkeit erhofft. Aber über geltende Gesetze kann sich auch ein Bürgermeister der LINKEN. nicht hinwegsetzen.

Erste Ergebnisse:

Ein Gutachten zeigte auf, dass eine Privatisierung der Stadtreinigung unwirtschaftlich wäre, diese bleibt in kommunaler Hand.

Es wird begonnen, ein Spielplatzkonzept der Stadt umzusetzen, Spielplätze im Zentrum, im Clarapark, in der Reichsstraße und in der Grimmaische Straße werden umgestaltet bzw. saniert.

Das Sportkonzept 2015 sieht vor, Breitensport und Leistungssport unter besonderer Beachtung einer bezahlbaren öffentlichen Sportinfrastruktur zu entwickeln.

Der letzte „Worch-Auftritt“ 2007 wurde durch die Stadtverwaltung verboten. Leider hob das OVG diese Entscheidung wieder auf und entwickelte daraus einen Auflagenbescheid. Alle weiteren Anmeldungen durch Worch bis 2014 wurden danach von ihm zurückgenommen.

Leider nimmt die Anhängerzahl der NPD weiter zu. Das war auch Thema der Veranstaltung. Es bleibt aufmerksam zu verfolgen, wo Neonazis aktiv werden, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Das Antifaschistische Aktionskonzept –

Die LINKE. Leipzig – beschlossen zur 2. Tagung des 1. Stadtparteitages, wurde von den Anwesenden unterstützt.

Weitere Diskussionsthemen waren:

Möglichkeiten der Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes des Stadtteiles durch Aufwertung von öffentlichen Plätzen, Umgang mit verwilderten Brachflächen und ungepflegten Privatgrundstücken, Gestaltung von Spielräumen.

Gestaltung und Nutzung der durch Abriss von Wohnhäusern entstandenen Freiflächen in den Ortsteilen als Grünanlagen, Spielplätze, Freizeitanlagen u. ä. Angeregt wurde, ehrenamtliche Helfer in die Pflege einzubeziehen, um bestimmte negative Erscheinungen zu mildern.

Private Pflegepatenschaften für Grünflächen gibt es schon mit Vertrag mit der Stadt. Auch Spenden einzuholen, wäre möglich.

Fazit ist: Die Übernahme der Verantwortung durch die LINKE. hat sich bewährt und funktioniert.

Die LINKE. kann mit kommunalen Problemen umgehen. In enger Zusammenarbeit mit der Stadtratsfraktion wird angestrebt, Gelder sinnvoll einzusetzen für „freiwillige“ Aufgaben im Interesse der Bürger.

Die LINKE. ist ein verlässlicher Partner. Die an den Belangen der Bürger orientierte Kommunalpolitik führt zu Akzeptanz und Anerkennung.

Anne Draheim

Produktpiraterie – Köln bringt 2009 Games Convention als GAMESCom auf den Markt

Die Entscheidung des BIU, die Games Convention nicht mehr in Leipzig zu bedienen, sondern statt dessen die GAMESCom in Köln zu privilegieren, wird von unserer Fraktion als Affront gegen Leipzig gewertet. Die Manager des Bundesverbandes Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) haben eine Entscheidung nicht nur gegen den Standort Leipzig getroffen, sondern sich gegen eine wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland gestellt. Statt bestehende infrastrukturelle Defizite noch eine Zeit auszuhalten und damit Leipzig und dem Freistaat Sachsen die Möglichkeit

für Abhilfe zu geben, zieht es der BIU vor, nach Köln zu gehen.

Wir kritisieren die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die eine solche Produktpiraterie ermöglichen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Regelungen zu treffen, dass finanzielle Förderungen der öffentlichen Hand nicht zu einem unvolkswirtschaftlichen Gegenüber der Regionen verkommen.

Die Games Convention wurde durch kreative Arbeit in Leipzig entwickelt und wurde hier zur größten Video- und Computerspielemesse. Sie ist ein Leipziger Produkt und nicht das Produkt des

Bundesverbandes Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU).

Wir begrüßen deshalb, dass wenigstens der Name der Messe in Leipzig bleibt, obgleich dessen Verkauf vielleicht einen kleinen Teil des Verlustes kompensiert hätte. Aber der Vorgang des Namensverkaufs hätte nur aus der Produktpiraterie eine Verkaufserpressung gemacht.

Alle Freunde der Leipziger Games Convention sollten die Abschiedsmesse in diesem Jahr mit einem Rekordbesuch zu einer eindeutigen Demonstration für Leipzig machen, allen Unkenrufern aus dem BIU zum Trotz.

William Grosser

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Sa., 22. März 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Freedom Writers“. LHL.

Di., 25. März 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Altes Testament und neues Recht. Mit RA Dr. Roland Wötzel, Leipzig. Moderation: Dr. Werner Wittenberger, RLS.

Di., 25. März 2008 - 18:00 Uhr

Diskussionsveranstaltung der AG „Soziale Politik“ Thema: „Arbeit als Menschenrecht? Ist Vollbeschäftigung noch realisierbar? – Problemkreis: Bedingungsloses Grundeinkommen für alle“, linxxnet.

Mi., 26. März 2008 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der Kalte Krieg und das Grenzregime in Europa. Mit RA Gerhard Lauter, ehem. Leiter der HA Pass- und Meldewesen im Mdl der DDR, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Mi., 26. März 2008 - 20:00 Uhr

globalE Zwischendurch: »Neuland«. Dokumentarfilm von Daniel Kunle und Holger Lauinger, 2007. Diskussion: Praktische Handlungsansätze – regionale Initiativen stellen sich vor. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig und Eine Welt e. V., Bühnen Lindenfels, Karl-Heine-Straße 50.

Do., 27. März 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: »Die antikapitali-

stische Sehnsucht des deutschen Volkes« Zur Wiedergeburt des faschistischen Credo bei der extremen Rechten der Gegenwart. Mit Volkmar Wölk, Grimma. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL. In Zusammenarbeit mit BdA Leipzig, RLS.

Do., 27. März 2008 - 18:30 Uhr

außerordentliche Tagung des 1. Stadtparteitages, Veranstaltungssaal, LVB, Jahnallee 65

Fr., 28. März 2008 - 18:00 Uhr

„REZITIEREN & KORRIGIEREN“ Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratsschlag, LHL.

Di., 1. April 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Der GDL-Streik: Gewerkschaftlicher Klassenkampf oder ständige Spaltung mit Herbert Münchow, LHL.

Mi., 2. April 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Anne Draheim und Carola Lange, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Do., 3. April 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Vorbereitung des Bundesparteitages aus der Sicht des Landesvorstandes Dresden der Partei DIE LINKE mit Enrico Stange, LHL.

Do., 3. April 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Sozialismus – die außerhalb Europas wiederentdeckte Perspektive. Mit Dr. Erhard Crome, Berlin.

Moderation: Dr. Peter Hamann, RLS.

Mo., 7. April 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Mi., 9. April 2008 - 18:00 Uhr

Buchlesung mit Prof. Horst Schneider „Hysterische Historiker“ – wider den Geschichtsfälschungen zur DDR. Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Mo., 14. April 2008 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro Georg-Schumann-Str. 112.

Di., 15. April 2008 - 17:00 Uhr

Forum zur Rentenproblematik mit dem Rentenexperten Dr. Herbert Löser zum Thema „Ungelöste Probleme bei DDR-Rentenansprüchen“, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Mi., 16. April 2008 - 18:00 Uhr

AG cuba si: Film: „Mission gegen den Terror“ mit anschließender Diskussion aus Anlass der 10jährigen Inhaftierung der MiamiFive. Gesprächspartner: Elisabeth Dietze, Mitglied des Befreiungskomitees Deutschland, LHL.

Sa., 19. April 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Auschwitz: Am Ende kommen Touristen“. LHL.

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 4/2008 ist Donnerstag, 3. April 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.